sozialen Indikation billigt, schließt sich Verf. den Ausführungen von M. Hirsch an, der die Mitberücksichtigung der sozialen Faktoren, soweit sie die medizinische Indikation und Prognose beeinflussen, anerkennt. Einer rein sozialen Indikation tritt Verf. entschieden entgegen, da man selbstverständlich wirtschaftliche Notstände nie mit der Curette bekämpfen könne. Er hält also den Punkt 3 für überflüssig, da schon aus 1 und 2 *per argumentum e contrario* die Rechtswidrigkeit aller übrigen Gründe hervorgeht. Außerdem läßt sich durch eine straffe Handhabung der Standesordnung diese Frage besser regeln. Den 4. Leitsatz, der die eugenetische Indikation anerkennt, wenn durch hinreichende Erfahrung der Erbgang festgestellt ist, hält N. für undurchführbar. Es könne nicht jedem Arzte darüber die Entscheidung anheimgestellt werden, vielmehr nur solchen Ärzten, die vom Staate beauftragt sind, Eugenik zu treiben. Er bezweifelt, daß die Vererbungswissenschaft jemals ein tragfestes Fundament für eine eugenische Gesetzgebung bieten werde. Gegen Satz 5, der die Notzuchtsindikation anordnet bei einwandfrei gerichtlich festgestellter Notzucht und seelischem Schaden für die Trägerin, hat N. auch gewisse Bedenken. Seelische Depression falle unter Satz 2, da es eine medizinische Indikation sei, Selbstmorddrohung begründe nur eine Anstaltsbeobachtung. Die Behandlung der Notzuchtsfrage ist eine prinzipielle. Hält man die Abtreibung für ein Tötungsdelikt, so ist es falsch, nach Vollmann, die Vernichtung als „Akt der Wiedergutmachung“ zu betrachten. Anders, wenn man sich auf den Standpunkt der Menschlichkeit stellt. N. hält an der grundsätzlichen Strafbarkeit der Abtreibung auch in Notzuchtsfällen fest und ist der Ansicht, daß der Arzt, wenn er aus innerer Überzeugung handle, ohne weiteres gegen das Gesetz verstoßen könne.

Hermann Lissner (Berlin).

Burkard, Otto: Künstliche Schwangerschaftsunterbrechung und Gesetzgebung. Ärztl. Sachverst.-Zeit. Jg. 33, Nr. 16, S. 215—218. 1927.

Verf. verweist in seiner Abhandlung darauf, daß eine gerechte Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über die Fruchtabtreibung nur möglich ist, wenn der Gesetzgeber den Ursachen der Unzufriedenheit, die die heutigen gesetzlichen Bestimmungen verursachen, nachgeht. Er betont, daß an eine dieser Ursachen in keiner der Arbeiten, die sich mit diesem Gegenstande befassen, gedacht wird, daß nämlich die sogenannte „legale“ Schwangerschaftsunterbrechung für eine wohlhabende Frau, die sich die Hilfe eines Privatarztes leisten kann, verhältnismäßig leicht zu erreichen ist, jedoch schwer oder überhaupt nicht für eine arme Frau, die auf eine öffentliche Krankenanstalt angewiesen ist. Um dieses Unrecht ungleicher Behandlung nach Möglichkeit einzuschränken, wäre gesetzlich festzulegen, daß die künstliche Schwangerschaftsunterbrechung nur in öffentlichen Krankenanstalten ausgeführt werden darf. Die Feststellung der Indikation wäre nicht einer Einzelperson zu überlassen, sondern einem Konsilium, das aus dem leitenden Arzt der Anstalt oder Abteilung, dem Vertrauensarzte der Frau und einem Arzte der öffentlichen Gesundheitsbehörde besteht.

Marx (Prag).

Eingabe der Schweiz. Gynäkologischen Gesellschaft und der Verbindung der Schweizer Ärzte an die eidgenössischen Kommissionen zur Vorberatung des schweizerischen Strafgesetzes. Betrifft Art. 107: Ärztliche Schwangerschaftsunterbrechung (Therapeutischer Abort). Schweiz. med. Wochenschr. Jg. 57, Nr. 40, S. 962—965. 1927.

Es wird folgende Fassung des Gesetzes empfohlen: „Die vom Inhaber eines eidgenössischen Arztdiploms nach den anerkannten Grundsätzen der medizinischen Wissenschaft und nach den geltenden Regeln der ärztlichen Kunst zur Abwendung einer erheblichen Gefahr für Leben und Gesundheit der Schwangeren vorgenommene vorzeitige Schwangerschaftsunterbrechung ist strafflos, wenn sie mit der schriftlichen Einwilligung der Schwangeren bzw. ihres gesetzlichen Vertreters geschieht.“ Zur schärferen Kontrolle der Ärzte sollte der Zusatz gemacht werden, daß die kantonalen Sanitätsbehörden zusammen mit den ärztlichen Standesorganisationen einschlägige Maßnahmen zu treffen hätten. Eine juristische und eugenetische Indikation wird abgelehnt, ebenso eine ärztliche Anzeigepflicht. *Schönberg (Basel).*